

DIE PHILIPPINEN NACH DEN WAHLEN VOM 10. MAI 2010

Peter Köppinger

Am 10. Mai 2010 fanden in den Philippinen Wahlen statt. Gewählt wurden der Präsident, der Vizepräsident, die erste Parlamentskammer (Kongress), die Hälfte der 24 Senatoren (zweite Parlamentskammer), die Gouverneure der 80 Provinzen sowie Bürgermeister und Ratsmitglieder in den Städten und Gemeinden (Municipalities) des Landes. In dem weitgehend der ehemaligen amerikanischen Kolonialmacht nachgebildeten politischen System des Landes stellen die alle sechs Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen einen bedeutenden Einschnitt im politischen Leben dar, da der mit außerordentlicher Machtfülle ausgestattete Präsident – anders als in den Vereinigten Staaten – nicht erneut kandidieren darf, und da in dem vollständig personalisierten Wahlsystem des Landes politische Parteien keine wesentliche Rolle spielen.

AUSGANGSLAGE VOR DEN WAHLEN

Durch einen von den mittelständischen Schichten des Großraums Manila und der Kirche getragenen Volksaufstand gegen den korrupten Präsidenten Josep Estrada, ein in der armen Bevölkerung populärer Schauspieler, war im Jahr 2001 die Vizepräsidentin Gloria Macapagal Arroyo (GMA) in das Präsidentenamt gelangt. Die Ökonomin aus einer der reichsten Familien des Landes genoss hohes Ansehen. Ihr wurde allgemein zugetraut, an die erfolgreiche Präsidentschaft von Fidel V. Ramos anknüpfen zu können, der die erst 1986 nach dem Ende der Marcos-Diktatur wiedererrichtete Demokratie in den sechs Jahren seiner Amtsperiode von 1992 bis 1998 stabilisiert und dem Land mit mutigen Reformen einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht hatte. Im Parlament stützte GMA sich auf eine



Dr. Peter Köppinger ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung auf den Philippinen.

Koalition ihrer eigenen, relativ kleinen, ursprünglich liberalen Partei Kampi mit dem christdemokratischen Parteienverbund Lakas-CMD.

Schon nach kurzer Zeit im Amt begannen ihre Popularitätswerte dramatisch zu sinken. Bei der nächsten regulären Präsidentenwahl 2004 konnte sie sich nur mit knappem Vorsprung gegen ihren wichtigsten Konkurrenten, einen Schauspieler und Verbündeten

Die derzeitige philippinische Präsidential-Verfassung lässt eine Wiederwahl des Präsidenten nach Ende der sechsjährigen Amtszeit nicht zu.

von Estrada, durchsetzen. Ein Jahr später wurden Telefongespräche veröffentlicht, aus denen hervorging, dass sie offenbar mit

Hilfe der staatlichen Wahlkommission das Wahlergebnis gefälscht hatte. Dies sowie ein selbst für die Philippinen außergewöhnliches Maß an Korruption, Bereicherung und Paktieren mit machtbesessenen und menschenverachtenden Clans in zahlreichen Provinzen des Landes machten sie im Laufe der folgenden Jahre zur unbeliebtesten Politikerin in der jüngeren Geschichte des Landes. Sie überstand neun Putschversuche aus den Reihen reformorientierter jüngerer Militärs und kandidierte in den Wahlen im Mai 2010 für ihren Heimatwahlkreis im Kongress (erste Kammer des philippinischen Parlaments) – nach allgemeiner Einschätzung mit dem Ziel, anschließend über eine Verfassungsreform ein parlamentarisches System herbeizuführen, in dem sie als Ministerpräsidentin weiter an der Macht bleiben könnte. Die derzeitige philippinische Präsidential-Verfassung lässt eine Wiederwahl des Präsidenten nach Ende der sechsjährigen Amtszeit nicht zu.

ABLAUF UND ERGEBNISSE DER WAHLEN¹

Zur Präsidentenwahl, die am 10. Mai 2010 gleichzeitig mit den Wahlen zum Kongress und Senat und den Kommunalwahlen stattfand, wurden von der staatlichen Wahlkommission insgesamt acht Bewerber zugelassen, darunter auch der ehemalige Präsident Estrada, der nach seiner

1 | Die in diesem Artikel genannten Zahlen im Zusammenhang mit den Wahlen vom 10. Mai 2010 sind den vorläufigen Wahlergebnissen aus der offiziellen Website der Nationalen Philippinischen Wahlkommission entnommen. Endgültige Ergebnisse liegen in vielen Fällen noch nicht vor. Die Bewertungen und Einschätzungen in diesem Artikel gründen sich vor allem auf persönliche Gespräche, die der Autor im Verlauf der letzten neun Monate mit vielen einflussreichen Akteuren im politischen Leben der Philippinen auf nationaler Ebene

Amtsenthörung 2001 wegen Diebstahls von Staatsgeldern in großem Umfang und Korruption zu lebenslanger Haft verurteilt, dann aber von GMA begnadigt worden war. In regelmäßigen Meinungsumfragen lag vom Herbst 2009 an „Noynoy“ Aquino vorn, ein bis dato wenig bekannter, politisch vergleichsweise passiver Senator, der nach dem Tod seiner von der Bevölkerung verehrten Mutter Cory Aquino (Präsidentin in den Jahren der Wiedererrichtung der Demokratie nach dem Sturz des Diktators Marcos) im August 2009 von der liberalen Partei als Kandidat aufgestellt worden war.

Erstmals wurden in den rund 80.000 Wahllokalen Maschinen eingesetzt, welche die Ergebnisse per Funk weiterleiten sollten. Rund 75 Prozent der 51 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl.

Im Vorfeld der Wahlen und auch am Wahltag kam es an manchen Orten zu politisch motivierten Gewalttaten und Morden, die meist auf das Konto von herrschenden Clans in einzelnen Provinzen und Städten gingen. Sieht man von dem Massaker in Maguindanao im November 2009 ab, bei dem Vertreter des dort herrschenden Clans 57 Menschen – Angehörige einer rivalisierenden Familie sowie fast 30 begleitende Journalisten – ermordet hatten, lag die Zahl der Toten mit rund 60 deutlich unter den Opferzahlen bei früheren Wahlen. Nachdem es in früheren Wahlen regelmäßig zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen war – Stimmenkauf, Einschüchterungen von Wählern, Betrug und Fälschungen bei der Auszählung und Übermittlung der ausgezählten Ergebnisse – wurden bei dieser Wahl erstmals in den rund 80.000 Wahllokalen Maschinen eingesetzt, welche die manuell ausgefüllten Stimmzettel elektronisch einlesen und die Ergebnisse per Funk weiterleiten sollten. Rund 75 Prozent der 51 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl. Aufgrund unzureichender Vorbereitung der Wahlhelfer und unzulänglicher Verfahrensvorgaben kam es an vielen Orten zu stundenlangen Wartezeiten. Viele Wahllokale wurden wegen der langen Schlangen von Wartenden erst eine Stunde nach der vorgegebenen Zeit geschlossen.

führen konnte (darunter Präsident a.D. F. V. Ramos, General Jose Almonte, Vizepräsident Binay, Gilberto Teodoro, Francis Manglapus sowie Berater und enge Mitarbeiter von Präsident Benigno Aquino und Senator Manny Villar). Daneben wurden Berichterstattung und Kommentare in den wichtigsten großen Tageszeitungen des Landes sowie Analysen in verschiedenen angesehenen Internetmedien (unter anderem *Newsbreak*, *Malaya*) ausgewertet.

Eine nicht näher quantifizierbare Zahl von Wählern konnte von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, weil sie bei Schließung des jeweiligen Wahllokals noch in der Warteschlange standen.

Vor der Wahl waren von Medien und politischen Beobachtern massive Zweifel geäußert worden, ob die Wahl überhaupt stattfinden oder zu einem

Es gibt Informationen, dass der ehemalige Präsident Fidel Ramos und sein früherer Sicherheitsberater Militär und Polizei davon abgebracht haben, die Wahlen zu verhindern.

Ergebnis führen würde. Es gab zahlreiche Anzeichen dafür, dass GMA nach Wegen suchte, um trotz des Verfassungsverbots einer erneuten Kandidatur an der Macht zu

bleiben oder zumindest sicherzustellen, anschließend nicht wegen Korruption vor Gericht gestellt zu werden. Spekulierte wurde über ein Versagen der Hard- oder Software bei der elektronischen Stimmauszählung, über landesweite Unterbrechungen der Stromversorgung und über gewalttätige Auseinandersetzungen, die zu einer Ausrufung des Ausnahmezustandes oder Kriegsrechts mit der Folge der teilweisen oder vollständigen Absage der Wahlen hätten führen können. Nichts von alledem ist eingetreten. Allerdings gibt es glaubwürdige Informationen darüber, dass wenige Tage vor der Wahl der ehemalige Präsident Fidel Ramos und sein früherer Sicherheitsberater General Almonte gemeinsam die Führung von Militär und Polizei davon abgebracht haben, zu intervenieren und die Wahlen zu verhindern, da sie offenbar massive Probleme und einen neuen Volksaufstand (*People's Power*) seitens der Aquino-Anhänger bei einer manipulierten Wahlniederlage fürchteten. Und noch in der Nacht vor der Wahl hätte die staatliche Wahlkommission die Wahl möglicherweise abgesagt, wenn nicht ein ehemaliger General, der eine wichtige Funktion in der Kommission übernommen hatte, die Dinge in die Hand genommen und für die endgültige Durchführung der Wahl in den zahlreichen Wahllokalen grünes Licht gegeben hätte. Hintergrund waren Spekulationen über Vorbereitungen eines Putschs seitens des kurz zuvor von GMA eingesetzten Armeechefs Bangit und dadurch ausgelöste hektische Aktivitäten verfassungstreuer Generäle für einen präventiven Gegenputsch.

Schon wenige Stunden nach der Schließung der Wahllokale lagen Ergebnisse aus rund zwei Dritteln der Wahllokale vor – bei früheren Wahlen mit Handauszählung hatte das

regelmäßig mehrere Wochen gedauert. Danach lag Aquino bereits fast uneinholbar vorn. Am Ende erzielte er mit 42,08 Prozent das beste Ergebnis, das ein Präsident unter der Verfassung von 1987 jemals erreichte.

Bei der unabhängig von der Stimmabgabe für den Präsidenten erfolgten Wahl des Vizepräsidenten gewann überraschend Jejomar Binay, langjähriger Bürgermeister der reichsten Stadt des Landes, „Makati“, in Metro Manila.

Aquino erzielte mit 42,08 Prozent das beste Ergebnis, das ein Präsident unter der Verfassung von 1987 jemals erreichte. Die Wahl zum Vizepräsidenten gewann überraschend Jejomar Binay.

Er hatte – nachdem eine von ihm erhoffte Präsidentschaftskandidatur durch seine Partei Lakas-Kampi nicht zustande gekommen war – im Tandem mit Estrada den Wahlkampf bestritten. Der Vizepräsidentenkandidat und Parteivorsitzende der Liberalen, Mar Roxas, der bis zuletzt in den Umfragen geführt hatte, kam mit rund zwei Prozent Rückstand nur als zweiter ins Ziel.

Bei den Wahlen zum Kongress waren mehr als 110 Abgeordnete erfolgreich, die ihren Wahlkampf als Mitglieder der bisherigen Regierungspartei Lakas-Kampi-CMD geführt hatten (die Gesamtzahl der in Wahlkreisen gewählten Abgeordneten beträgt 229). Inzwischen zeigt es sich aber, dass – ebenso wie nach früheren Wahlen – viele von ihnen der Partei des neuen Präsidenten beitreten oder sich als Unabhängige erklären und mit den Liberalen koalieren, um in den Genuss lukrativer Positionen in den Parlamentsausschüssen sowie der massiven Geldzahlungen zu kommen, die vom Präsidenten an die Abgeordneten für von ihnen vorgeschlagene Projekte in ihren Wahlbezirken jährlich aus dem nationalen Haushalt angewiesen werden. Neben den Wahlkreisabgeordneten wurden mehr als 40 weitere Abgeordnete von Parteienlisten so genannter marginalisierter Bevölkerungsgruppen nach Proportionalverfahren gewählt. Insgesamt waren seitens der staatlichen Wahlkommission mehr als 160 solcher Parteilisten „marginalisierter“ Bevölkerungsgruppen zur Wahl zugelassen worden, jede konnte maximal zwei Vertreter im Kontingent der Parteilisten in den Kongress entsenden. Diese Parteilisten wurden vielfach von Politikern der Oligarchie als Sprungbrett ins Parlament genutzt, die aus irgendwelchen Gründen in ihren eigenen Parteiorganisationen nicht aufgestellt werden konnten, darunter der Sohn von Präsidentin GMA als Vertreter der „Wachmänner-Partei“.

ANALYSE DER WAHLERGEBNISSE

Aquino konnte sich dauerhaft bei 40 Prozent halten, weil er die Rückkehr zu einer ehrlichen und sauberen Regierungspolitik zum Kernpunkt seiner Kampagne machte.

Der alles dominierende Faktor in den Wahlen war der Wunsch in der Bevölkerungsmehrheit, die Ära GMA definitiv zu beenden. Aquino, der zunächst nach dem Tod seiner Mutter auf einer Welle der Nostalgie und der Sehnsucht nach einer sauberen politischen Führung mehr als 60 Prozent Zustimmungswerte in den Umfragen erhielt, konnte sich auch nach dem Abflauen dieser Stimmung dauerhaft bei 40 Prozent halten, weil er die

Rückkehr zu einer ehrlichen und sauberen Regierungspolitik zum Kernpunkt seiner Kampagne machte und sich am deutlichsten von allen aussichtsreichen Kandidaten für eine Untersuchung der Korruptionsfälle in der Amtszeit von GMA aussprach. Sein lange Zeit stärkster Mitbewerber um das Präsidentenamt, Senator Villar, ein aus einfachen Verhältnissen stammender Self-Made-Multi-Millionär, verlor drastisch an Boden und fiel am Ende sogar auf den dritten Platz zurück, nachdem gut zwei Monate vor der Wahl das – offensichtlich begründete – Gerücht die Runde machte, die Präsidentin finanziere seinen Wahlkampf mit und habe mit ihm einen Deal verabredet, wonach sie nach der Wahl Sprecherin im Kongress und später nach einer entsprechenden Verfassungsreform Ministerpräsidentin werden könne. Der Kandidat der Regierungspartei Lakas-Kampi-CMD, der ehemalige Verteidigungsminister und angesehene Anwalt Gilberto Teodoro, hatte von vornherein als Kandidat der GMA-Partei keine Chance: Seine Unterstützung durch GMA wurde in den Medien allgemein als „kiss of death“ bezeichnet. Und auch seine persönliche Integrität, hohe Kompetenz und Beliebtheit unter gebildeten jüngeren Wählern konnte das zu keinem Zeitpunkt kompensieren.

Dass der in der armen Bevölkerung weiterhin populäre ehemalige Präsident Estrada trotz seiner früheren Verurteilung mit mehr als 25 Prozent der Stimmen eine Art politisches Comeback feiern konnte, zeigt darüber hinaus, dass sich große Teile der armen Bevölkerungsschichten durch die von den reichen Familien dominierte politische Kaste ausgebeutet fühlen und einen Wechsel wollen – ein Faktor, der zunächst auch Villar zugute kam. Wie stark die Unzufriedenheit mit der derzeitigen politischen und

wirtschaftlichen Situation ist, zeigt sich auch daran, dass der Sohn des Diktators Marcos, der seinen Vater öffentlich glorifiziert, in der landesweiten Wahl von zwölf Senatoren ganz vorne lag, und dass Imelda Marcos, die 80-jährige Witwe des Diktators, die zum ersten Mal seit dem Ende der Diktatur 1986 wieder für ein politisches Amt kandidierte, mühelos in ihrem Heimatort den Kongresswahlkreis gewann.

Sowohl der Präsident und der Vizepräsident wie auch eine sehr große Zahl von Senatoren, Provinzgouverneuren, Kongressabgeordneten und Bürgermeistern stammen aus den reichsten Familien des Landes oder aus Familien, die seit Jahrzehnten das politische und gesellschaftliche Leben dominieren.

Ein weiteres herausragendes Merkmal der Wahlen war die gegenüber den vorhergehenden Wahlen sogar wieder verstärkte Dominanz der so genannten politischen Dynastien. Sowohl der Präsident und der Vizepräsident wie auch die Mehrzahl der gewählten Senatoren und Provinzgouverneure und eine sehr große Zahl von Kongressabgeordneten und Bürgermeistern stammen entweder aus den reichsten Familien des Landes oder aus Familien, die in ihren Heimatprovinzen seit Jahrzehnten das politische und gesellschaftliche Leben dominieren und in der Regel auch wirtschaftliche Machtpositionen einnehmen.

Bei den national gewählten Positionen (Präsident, Vizepräsident und Senatoren) ist ohnehin klar, dass aufgrund des landesweit erforderlichen Wahlkampfes in dem 95-Millionen-Volk mit mehr als 7000 Inseln und der Nichtexistenz von staatlicher Wahlkampfkostenerstattung wie auch organisatorisch und finanziell schlagkräftiger politischer Parteien nur Bewerber eine Chance haben, die selbst prominent und reich genug sind, um zweistellige Dollar-Millionen-Beträge aufzubringen, oder die von reichen Familien entsprechend gefördert werden.

Bei den bedeutsamen regional oder örtlich gewählten Positionen stellen die in den jeweiligen Provinzen wirtschaftlich und politisch herrschenden Dynastien in der Mehrzahl der Fälle sowohl den Gouverneursposten wie auch die Wahlkreisabgeordneten für den Kongress und die wichtigsten Bürgermeisterpositionen in der jeweiligen Provinz. Die Sicherung dieser Positionen erfolgt meist durch die Fortführung des alten, aus der spanischen Kolonialzeit übernommenen Patronagesystems, in dem finanzielle Begünstigungen, die Vergabe wichtiger Positionen und auch soziale Fürsorge zur Sicherung

von Mehrheiten eingesetzt werden, daneben aber auch Einschüchterung und in manchen Fällen auch brutale Gewalt, wenn die Besetzung dieser Positionen durch die eigene Dynastie von konkurrierenden Familien oder auch charismatischen Außenseitern oder Aktivisten in Medien und Nichtregierungsorganisationen in Frage gestellt wird.

DIE POLITISCHE LAGE NACH DEN WAHLEN

Der neue Präsident Benigno „Noynoy“ Aquino, der am 30. Juni sein Amt angetreten hat, steht vor großen Herausforderungen:

- In seinem politischen Lager bekämpfen sich öffentlich vier verschiedene Flügel:
 1. die führenden Vertreter der liberalen Partei, die nach der Niederlage ihres Parteivorsitzenden Mar Roxas bei der Vizepräsidentenwahl besonders sensibel reagieren und den Verdacht haben, dass sie von anderen Teilen des Aquino-Lagers bewusst betrogen worden sind;
 2. die Mitglieder und Einflusspersonen der reichen Aquino-Familie;
 3. die zahlreichen ehemaligen Kabinettsmitglieder und einflussreichen Mitarbeiter GMAs, die im Laufe der Jahre und insbesondere angesichts der absehbaren Lakas-Kampi-CMD-Niederlage in den letzten Monaten ins Aquino-Camp übergelaufen sind;
 4. die große Gruppe der meist jungen und enthusiastischen Noynoy-Anhänger aus Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen, die die anderen drei Gruppen mit großem Misstrauen als *Trapos* (traditionelle Politiker) ansehen.

Ihre Vorstellungen zur zukünftigen Regierungspolitik gehen weit auseinander und sind vielfach sogar gegensätzlich.

- Es wird für Aquino trotz der nach den Wahlen üblichen großen Zahl von Parteiwechslern und Überläufern aus allen anderen Lagern sehr schwer sein, sich eine Mehrheit im Kongress für seine zukünftigen Gesetzesvorhaben zu sichern, nachdem seine liberale Partei bei den Wahlen weniger als 50 der 229 Wahlkreismandate gewinnen konnte. Will er nicht als handlungsunfähiger und passiver Präsident in die Geschichte eingehen, muss

er wahrscheinlich Koalitionen mit anderen Gruppen im Kongress eingehen, die die ohnehin zu überbrückenden Meinungsverschiedenheiten in seinem Regierungslager weiter verschärfen werden.

- Sein wichtigstes Wahlversprechen, eine saubere Regierung, der Abbau von Korruption, Vetternwirtschaft und Begünstigungen, wird nur schwer erfolgreich einzulösen sein, weil er die erforderlichen Mehrheiten für gesetzliche Regelungen in Kongress und Senat sowie die Unterstützung in der staatlichen Bürokratie und in einflussreichen gesellschaftlichen Kreisen wahrscheinlich nur sichern kann, wenn er hierzu die in den vergangenen Jahren üblichen Instrumente einsetzt, nämlich: Begünstigungen, Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, Korruption. Die Gefahr ist groß, dass er im Dilemma zwischen Wirkungslosigkeit und Verlust seiner Glaubwürdigkeit zerrieben wird.

Sollte Aquino versuchen, die dringend notwendigen Reformen zur Öffnung der Märkte anzugehen, wird er auf den massiven Widerstand seiner eigenen Familie und der philippinischen Oligarchie stoßen.

- Sollte er versuchen, die größeren, dringend notwendigen Reformen zur Öffnung der Märkte nach außen und innerhalb des Landes, zur Verbesserung des repräsentativen und partizipativen Charakters und der Effektivität des politischen Systems anzugehen – was im Wesentlichen nur über Verfassungsänderungen möglich ist –, wird er nicht nur mit der aus seinem eigenen Lager vor den Wahlen geschürten Dämonisierung von Verfassungsänderungen zu kämpfen haben, sondern auch auf den massiven Widerstand seiner eigenen Familie und mit ihr verbundener Familien aus der philippinischen Oligarchie stoßen, die in der Nach-Marcos-Ära die Verfassung erfolgreich so beeinflusst haben, dass Staat und Wirtschaft fest in ihrem Griff bleiben. Selbst die schlichte Umsetzung von wichtigen, längst beschlossenen Reformvorhaben kann ihn in große Schwierigkeiten bringen. So bleibt zum Beispiel abzuwarten, ob er die Blockade der Landreformvorschriften auf dem Stammsitz seiner Familie, die mit juristischen Mitteln in den vergangenen Jahrzehnten durch seine Familie betrieben worden ist, in absehbarer Zeit aufgeben wird.

Im Übrigen bleibt nur zu hoffen, dass es ihm gelingt, neben reformbereiten Kräften in seinem eigenen Lager auch reformorientierte Gruppen aus anderen politischen Lagern in seine Politik einzubinden, und dass er sich als entscheidungsstarker und geschickter Führer des Landes profilieren kann – wofür es bislang nicht allzu viele Hinweise gab. Positiv ist zu vermerken, dass bei den im Juni publik gewordenen Kandidaten für die wichtigsten Ämter in der neuen Administration (Justizminister, Finanzminister und andere) Persönlichkeiten überwiegen, die als sauber und kompetent gelten.

DIE LAGE DER CHRISTDEMOKRATEN

Die Parteien im traditionellen System nach der Unabhängigkeit – Nationalistische Partei und Liberale Partei – haben sich in der Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt als Mitglieder- und Programmparteien wirklich landesweit etabliert. Die Christdemokraten, die sich seit Ende der sechziger Jahre aus verschiedenen christlich-sozialen Bewegungen als Programmpartei gebildet hatten – geführt vor allem von Raul Manglapus – konnten sich nicht zu einer wirklichen Mitgliederpartei entwickeln, nachdem Marcos Anfang der siebziger Jahre die demokratische Verfassung außer Kraft setzte und Manglapus sowie viele seiner Mitstreiter ins Exil oder in den zunehmend von den Kommunisten dominierten Untergrund gingen. Nach dem Fall der Marcos-Diktatur schlossen sich die seit Anfang der achtziger Jahre wieder aktiven christdemokratischen Gruppen der breiten demokratischen Koalition unter Präsidentin Cory Aquino

Die ersten Reden der Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo waren 2001 stark von christdemokratischem Gedankengut geprägt. Die Partei selbst aber kümmerte vor sich hin.

an. Ihre Führungspersonlichkeiten wurden in die Regierung eingebunden, ohne dass eine systematische Parteiarbeit zur Schaffung einer Mitgliederbasis stattfand. Nach dem Ende der Regierungszeit von Cory

Aquino wurde unter ihrem von dem christdemokratischen Parteienbündnis „Lakas-CMD“ getragenen Nachfolger Fidel V. Ramos zwar die Programmarbeit verstärkt, insbesondere durch seinen Sicherheitsberater, den als „denkender General“ titulierten christdemokratischen Vordenker Jose T. Almonte. Sie kam aber fast ausschließlich der Regierung zugute, die Partei fand kaum mehr statt, zumal auch die verschiedenen in die Koalition einbezogenen christdemokratischen Mini-Parteien nie wirklich fusioniert hatten.

Nach der massiven Niederlage des wenig charismatischen Parteiführers Jose de Venecia im Präsidentenwahlkampf 1998 gegen den Schauspieler Josep Estrada ruhten die Hoffnungen der Christdemokraten auf politischen Einfluss verstärkt auf der gewählten Vizepräsidentin Gloria Macapagal Arroyo, die mit ihrer kleinen ehemals liberalen Partei Kampi eine Koalition mit den Lakas-Christdemokraten unter Jose de Venecia eingegangen war. Mit dem Volksaufstand gegen Estrada und der Übernahme des Präsidentenamtes durch GMA 2001 wurde Lakas-Parteiführer de Venecia erneut Sprecher des Kongresses und sicherte für GMA die Mehrheit im Parlament. Auch die ersten Reden und die Regierungserklärung von GMA waren stark geprägt von christdemokratischem Gedankengut. Die Partei selbst aber kümmerte vor sich hin, ohne dass der Versuch unternommen wurde, sie systematisch als Programm- und Mitgliederpartei aufzubauen und zu etablieren.

Mit dem vor allem durch Wahlfälschungen und Korruption bedingten Ansehensverlust von GMA in den Jahren ab 2003 kamen auch die Christdemokraten in der Regierungskoalition in eine schwierige Lage. Als zentrale Verbündete der Präsidentin waren sie von dem Popularitätsschwund mit betroffen. Fidel Ramos, der 2005/2006 mit massivem persönlichem Einsatz die angeschlagene Präsidentin noch einmal vor dem Sturz bewahrt hatte, sah sich anschließend von ihr getäuscht und begann, sich zu distanzieren. Im Jahr 2008 wurde Jose de Venecia von GMA aus dem Amt des Sprechers des Kongresses verdrängt, nachdem er sich mit seinem Sohn solidarisiert hatte, der einen der zahlreichen Korruptionsskandale der Präsidentenfamilie öffentlich gemacht hatte. Gleichzeitig ließ GMA Beschlüsse über eine formelle Fusion von Lakas-Kampi-CMD von satzungsmäßig hierzu nicht legitimierten Führungsgremien fassen und schloss de Venecia aus der Partei aus. Da Lakas-CMD als Mitglieder- und Programmpartei unter de Venecia nie entwickelt worden war, konnte er sich dagegen auch innerparteilich nicht wehren. Sein Versuch, die Fusion vor staatlicher Wahlkommission und oberstem Gerichtshof für ungültig erklären zu lassen, war nicht erfolgreich.

Ende Oktober 2009 beschloss der Nationalrat von Lakas-Kampi-CMD, die Spitzenkandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2010 Verteidigungsminister Gilberto Teodoro

(„Gibo“) anzutragen, der sich als Harvard-Absolvent und angesehener Anwalt sowie als hochkompetenter, sauberer und entscheidungsstarker Politiker einen sehr guten Ruf erworben hatte. Die Lage der Christdemokraten insgesamt blieb konfus. Die christdemokratischen Lakas-CMD-Persönlichkeiten waren teilweise mit de Venecia aus der Partei ausgestiegen und unterstützten im Wahlkampf Noynoy Aquino, Villar, Senator Gordon oder sogar Estrada. Ein Teil verblieb weiterhin in der Lakas und unterstützte Gibo. Es war aber bereits abzusehen,

Ende Oktober 2009 beschloss der Nationalrat von Lakas-Kampi-CMD, die Spitzenkandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2010 Verteidigungsminister Gilberto Teodoro anzutragen.

- dass Lakas-Kampi-CMD nach der kaum zu gewinnenden Wahl auseinanderfallen würde,
- dass Jose de Venecia, der im Land nicht populär ist, keine Chance mehr haben würde, eine relevante Partei der „Lakas-Originals“ wieder aufzubauen,
- und dass andererseits christdemokratische Persönlichkeiten, die sich im Wahlkampf ins liberale Lager von Noynoy oder ins Lager von Senator Villar begeben hatten, nach der Wahl daran interessiert sein würden, wieder einer eigenständigen, zentristisch (christlich/muslimischen) demokratischen Bewegung anzugehören.

Bereits im März 2010 trat Gibo vom Amt des „Party-Chairman“ der Lakas-Kampi-CMD zurück, das er mit seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Partei übernommen hatte. Grund war vor allem, dass GMA damit begonnen hatte, Mittel, die für die Unterstützung des Wahlkampfes kommunaler Kandidaten der Lakas vorgesehen waren, statt dessen direkt oder über ihren Ehemann in den Wahlkampf von Senator Villar umzuleiten, dem zu diesem Zeitpunkt noch gute Chancen eingeräumt wurden, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Francis Manglapus, Sohn des ehemaligen christdemokratischen Führers und Außenministers Raul Manglapus und enger Vertrauter von Gibo, verblieb weiterhin als hauptamtlicher Parteipräsident in der Lakas-Führung, trat von seinem Amt aber unmittelbar nach den Wahlen zurück, nachdem GMA das Amt des ehrenamtlichen „Party-Chairman“ wieder übernahm. Ob die Christdemokraten – im Verbund mit wertorientierten Muslim-Gruppen – in absehbarer Zeit wieder wesentlichen Einfluss in der philippinischen politischen Landschaft gewinnen können, wird maßgeblich davon

abhängen, ob es gelingt, unter jüngeren, wertorientierten Multiplikatoren aus akademischen Kreisen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft Anhänger für einen unbelasteten politischen Neubeginn zu mobilisieren und eine solche neue „zentristische“ demokratische Bewegung auch mit klarer Programmatik und straffer Organisation aufzubauen.

PERSPEKTIVEN

In den vergangenen 20 Jahren ist deutlich geworden, dass das politische System der Philippinen, wesentlich geprägt durch die Verfassung von 1987, echte demokratische Repräsentation und Partizipation massiv behindert und die Geiselnahme des philippinischen Staates sowie die Beherrschung der philippinischen Wirtschaft durch die herrschenden Familien des Landes festschreibt. Zu den wesentlichen institutionellen Schwächen des philippinischen Systems gehören vor allem folgende Faktoren:

1. Zum einen sind da die lange Amtsperiode und enormen finanziellen und personellen Entscheidungsspielräume des Präsidenten, die kaum vorhandene parlamentarische und juristische Kontrolle seines Handelns und das Verbot einer erneuten Kandidatur für eine zweite Amtszeit. Einerseits sind politische und auch personelle Korrekturnotwendigkeiten in einem solchen System stark erschwert, des Weiteren fehlt ein wesentlicher Anreiz für eine am Volk orientierte Politik (das Bemühen um Wiederwahl), und schließlich sind auch durch die insgesamt kurze Einflussperiode des jeweiligen Präsidenten die Möglichkeiten einer mittelfristigen und somit nachhaltigen Reformpolitik massiv eingeschränkt.
2. Nachteilig ist auch das Wahlrecht, das die Abgeordneten der ersten Kammer des Parlaments (mit Ausnahme der Parteilistenkandidaten) ausschließlich über Persönlichkeitswahl in den Wahlkreisen bestimmt. Hiermit haben – vor dem Hintergrund der vielfach noch intakten alten Patronagestrukturen – politische Parteien keine Einflussmöglichkeiten auf die Auswahl der Volksvertreter, keine Anreize für programmatische Ansätze

Ob die Christdemokraten wieder wesentlichen Einfluss gewinnen können, wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, jüngere, wertorientierte Multiplikatoren aus akademischen Kreisen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft für einen unbelasteten politischen Neubeginn zu mobilisieren.

auf nationaler Ebene und im Grunde wenig Existenzberechtigung neben der Durchführung des Wahlkampfes im Auftrag und mit dem Geld ihrer jeweils selbsternannten Führer und Sponsoren.

3. Nach Proportionalwahlrecht werden 20 Prozent der Kongressabgeordneten aus so genannten Parteilisten „marginalisierter Bevölkerungsgruppen“ gewählt. Da es an rechtlich belastbaren Kriterien für die Definition „marginalisierter Bevölkerungsgruppen“ fehlt, hat die nationale Wahlkommission inzwischen mehr als 180 solcher Parteilisten zugelassen, von denen sich mehr als 160 an den Wahlen am 10. Mai beteiligt haben. Jede von ihnen darf maximal zwei Abgeordnete in den Kongress entsenden, auch wenn ihr prozentualer Anteil nach dem Proportionalssystem eine größere Zahl begründen würde. Folge sind die weitere Fragmentierung des Parlaments, die Nichtberücksichtigung der Interessen echter marginalisierter Bevölkerungsgruppen in den so genannten regulären Parteien und die Instrumentalisierung dieser Parteilisten durch

Durch das Wahlrecht haben politische Parteien keine Einflussmöglichkeiten auf die Auswahl der Volksvertreter, keine Anreize für programmatische Ansätze und wenig Existenzberechtigung neben der Durchführung des Wahlkampfes.

Mitglieder der Familien-Dynastien, die sich als Preis für die Finanzierung des aufwendigen landesweiten Wahlkampfes einzelner Parteilisten für die Spitzenposition nominieren lassen. Insgesamt hat dieses Proportional-Element im philippinischen Wahlrecht somit gegenteilige Auswirkungen als ein echtes

Proportional-Element, das neben der Direktwahl in Wahlkreisen auch die Wahl einer relevanten Zahl von Vertretern aller zur Wahl zugelassenen Parteien über regionale oder nationale Parteilisten vorsehen und somit zur Integration von Minderheiteninteressen in die Programme der großen Parteien und zur Stärkung der politischen Stellung der Parteien auch in der Parlamentsarbeit beitragen kann.

4. Der aufwendige landesweite Wahlkampf für die 24 Senatorenposten in der zweiten Parlamentskammer kann angesichts des Fehlens von Parteien- und öffentlicher Wahlkampfkostenfinanzierung fast nur von Vertretern der Dynastien oder von durch sie unterstützten öffentlich bekannten Personen (Schauspieler, Medienpersönlichkeiten usw.) erfolgreich bestritten werden.

Die weitreichenden Blockaderechte des Senats bei allen nationalen Gesetzgebungsvorhaben geben damit den dominierenden Familien des Landes ein wirkungsvolles Instrument an die Hand, mit dem sie alle unliebsamen Reformen abblocken können, auch wenn sie durch einen reformorientierten Präsidenten und eine Mehrheit im Kongress getragen werden.

5. Die Direktwahl des Vizepräsidenten durch das Volk unabhängig von der Wahl des Präsidenten kann im günstigsten Fall dazu beitragen, dass sich eine Regierung auf eine breitere Mehrheit in den ebenfalls unabhängig vom Präsidenten gewählten beiden Kammern des Parlaments stützen kann. In der Regel führt sie aber dazu, dass der Präsident von Beginn seiner Amtszeit an einen Konkurrenten neben sich hat, dessen Hauptinteresse die Verbesserung seiner politischen Ausgangsposition für die kommenden Präsidentschaftswahlen oder gar das Hinarbeiten auf das Scheitern der Politik des Präsidenten und seine vorzeitige Ablösung durch ein Absetzungsverfahren ist.

Der aufwendige landesweite Wahlkampf für die 24 Senatorenposten kann fast nur von Vertretern der Dynastien oder von durch sie unterstützten öffentlich bekannten Personen erfolgreich bestritten werden.

6. Problematisch sind die so genannten *Pork barrels*, jährliche Mittelzuweisungen aus dem nationalen Haushalt direkt an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses (Kongress) für von ihnen persönlich ausgesuchte und vorgeschlagene „Projekte“ in ihrem jeweiligen Wahlkreis. Diese Projekte sind weder notwendigerweise mit den staatlichen Entwicklungsplänen noch mit den im *Local Government Code* vorgesehenen partizipativen Entwicklungsmechanismen auf örtlicher Ebene abgestimmt. Angesichts der beträchtlichen Gesamtsumme von umgerechnet zwischen 200 und 300 Millionen Euro, der Möglichkeit, die einzelnen Kongressmitglieder mit unterschiedlichen Summen zu berücksichtigen und des direkten Einflusses des Präsidenten auf diese Zuteilung sind sie ein ideales Instrument zur Kontrolle der ersten Parlamentskammer durch den Präsidenten und zur Schwächung von deren Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive. Die Frage der Akquisition nationaler Haushaltsmittel für Projekte im jeweiligen Wahlkreis ist ja ein wichtiges Kriterium für

die Wiederwahlchancen des jeweiligen Abgeordneten – neben seiner Zugehörigkeit oder Unterstützung durch die örtlich dominierenden Familien oder Dynastien.

7. Das Fehlen eines Parteiengesetzes und insbesondere einer staatlich regulierten und unterstützten Parteienfinanzierung und Wahlkampffinanzierung führt zu einer totalen Abhängigkeit aller Kandidaten von der Finanzierung durch reiche Sponsoren. Es zementiert den Einfluss der Dynastien und reichen Familien auf regionaler wie nationaler Ebene und fördert die Korruption der einmal gewählten Mandatsträger, die ja nach der Wahl versuchen, mindestens das in den Wahlkampf investierte Geld wieder zurückzuerhalten.

Das Fehlen einer staatlich regulierten Parteienfinanzierung und Wahlkampffinanzierung zementiert den Einfluss der Dynastien und fördert die Korruption der einmal gewählten Mandatsträger.

8. Ein Schwachpunkt ist das Fehlen ordnungspolitischer Rahmengesetzgebung im Hinblick auf die Offenhaltung des Zugangs zu nationalen und regionalen/lokalen Märkten, den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, die Vermeidung oder Kontrolle von Kartellen und Monopolen. Hintergrund ist die Beherrschung lukrativer nationaler und lokaler Märkte und Teilmärkte durch die reichen Familien, die kein Interesse an offenem Wettbewerb haben – der aber zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen und zu besseren Voraussetzungen für wirksame Armutsbekämpfung führen würde.
9. Weiterhin völlig unzureichend verläuft die Dezentralisierung der politischen Entscheidungskompetenzen auf die Regionen, Provinzen, Städte und Gemeindeverbände, inklusive der entsprechenden fiskalischen Dezentralisierung. Nach dem ersten großen Schritt mit der Erarbeitung und Inkraftsetzung des *Local Government Codes* im Jahr 1991 sind keine weiteren Schritte mehr erfolgt. Die Umsetzung der Vorschriften des Codes erfolgt nur punktuell an Orten mit besonders engagierten politischen Führungspersonlichkeiten. Auch die dringend notwendige Regionalisierung von Entscheidungskompetenzen, Verwaltungsstrukturen und Finanzmitteln kommt trotz intensiver Diskussion seit vielen Jahren nicht vom Fleck. Schließlich können auch die Minderheitenprobleme des Landes im Grunde

nur über die Schaffung verfassungsrechtlicher Voraussetzungen für echte Autonomie-Regelungen oder den Aufbau föderalistischer Strukturen gelöst werden.

Es hat sich gezeigt, dass viele sehr konkrete und in der philippinischen Öffentlichkeit durchaus wahrgenommene Initiativen inländischer wie auch ausländischer Akteure zur Reform dieser Systemschwächen leer laufen, weil es keine organisierte philippinische politische Kraft gibt, die diese Reformen mit Nachdruck im politischen Tagesgeschäft verfolgt. Dies wäre naturgemäß Aufgabe zentristischer politischer Parteien, die angesichts des weiterhin sehr lebendigen christlichen Wertefundaments in der philippinischen Gesellschaft sehr gute Existenzbedingungen hätten.

Erfahrene philippinische Christdemokraten bezeichnen es inzwischen als ihren größten Fehler, den Aufbau einer programmorientierten, Mitglieder-basierten Partei nicht ernsthaft betrieben zu haben. Es führt kein Weg daran vorbei, damit jetzt systematisch und ernsthaft zu beginnen.

Erfahrene philippinische Christdemokraten, die bereits in den sechziger Jahren mit Bruno Heck und Raul Manglapus zusammen den Aufbau einer solchen Partei begonnen haben, bezeichnen es inzwischen als ihren größten Fehler, dass sie dies, den Aufbau einer programmorientierten, Mitglieder-basierten Partei, nicht ernsthaft betrieben haben. Zwar wird ein solches Vorhaben wegen der im philippinischen Wahlrecht fehlenden Anreize für aktive politische Parteien nicht einfach sein, andererseits führt aber kein Weg daran vorbei, damit jetzt systematisch und ernsthaft zu beginnen, wenn man die politischen und ökonomischen Probleme der Philippinen wirklich mittel- und langfristig lösen will.

Eine solche neue zentristisch-demokratische Bewegung könnte auch die immer noch zahlreichen christdemokratischen und muslim-demokratischen Kongressabgeordneten, Provinzgouverneure, Bürgermeister und örtlichen Ratsmitglieder ansprechen und einbinden, die sich weder unter die Fittiche der liberalen Präsidentenpartei begeben noch in der erneut von der politisch völlig diskreditierten ehemaligen Präsidentin GMA geführten Lakas-Kampi-CMD verbleiben wollen. Hierbei könnte durchaus auch Gilberto Teodoro wieder ins Spiel kommen, der als Persönlichkeit trotz seines enttäuschenden Wahlergebnisses aufgrund seiner hohen Kompetenz und seines sauberen Wahlkampfes

vor allem bei jungen gebildeten Philippinos hohe Zustimmungsraten hat. Abzuwarten bleibt allerdings, inwieweit der neu gewählte Vizepräsident Binay mit seinem Versuch Erfolg haben wird, die PDP – eine der christdemokratischen Gruppen bei der Wiedererrichtung der Demokratie in den achtziger Jahren – von oben her, mit massivem Mitteleinsatz wiederzubeleben und als Instrument für seinen Wahlkampf um die Position des Präsidenten im Jahr 2016 zu nutzen.

Ein Zusammengehen liberaler, sozialdemokratischer und christdemokratisch-muslimischer Bewegungen zur Formulierung und schrittweisen Durchsetzung einer nachhaltigen Reformpolitik erscheint nicht ausgeschlossen.

Auch im liberalen Spektrum – insbesondere in der liberalen Partei um ihren bei den Vizepräsidentenwahlen unterlegenen Präsidenten Mar Roxas – und im Bereich sozialdemokratisch orientierter Gruppen, die sich im Rahmen von „Parteilisten“ organisiert haben, gibt es inzwischen Tendenzen, sich gezielt um den Aufbau seriöser, Programm-orientierter und Mitglieder-basierter Parteien zu bemühen, um damit Instrumente zur Stabilisierung von Demokratie, Rechtsstaat und sowohl gerechter wie funktionsfähiger Wirtschafts- und Sozialordnung zu schaffen. Ein Zusammengehen solcher liberaler, sozialdemokratischer und christdemokratisch-muslimischer Bewegungen zur Formulierung und schrittweisen Durchsetzung einer nachhaltigen Reformpolitik erscheint somit nicht ausgeschlossen.

Von besonderer Bedeutung für die nähere Zukunft ist natürlich der Erfolg der neuen „Aquino-Administration“ im Hinblick auf die Korrektur institutioneller Schwächen der philippinischen Demokratie. Vor allem

- die Korrektur des geltenden Wahlrechts für den Kongress und die Umwandlung des Parteilistensystems in ein echtes proportionales Element,
- eine rechtliche Regelung von Parteien- und Wahlkampffinanzierung, die eine gewisse Unabhängigkeit von Sponsoren aus den herrschenden Familien und Dynastien ermöglicht, sowie
- die Schaffung von Rechtsvorschriften und Aufsichtsbehörden, die Märkte öffnen und Vermachtungen verhindern,

müssen als Prüfsteine für die Reform- und Zukunftsorientierung der neuen Administration angesehen werden.

Daneben muss ein massiver Mitteleinsatz zur Verbesserung der Infrastruktur im Bildungs-, Gesundheits- und Forschungsbereich Priorität haben, wenn Aquino seinem Anspruch gerecht werden will, ein Präsident aller Philippinos zu sein, nicht nur der oberen und mittleren Schichten. Der unzweifelhaft vorhandene gute Wille, sauber und gerecht zu regieren, kann in seiner Bedeutung für das Land gar nicht überschätzt werden. Aber alleine wird er nicht ausreichen, eine Wende zu demokratischer Stabilisierung und erfolgreicher Armutsbekämpfung herbeizuführen.

Das Manuskript wurde am 30. Juni 2010 abgeschlossen.